

Kleine Anfrage

des Abg. Paul Nemeth CDU

und

Antwort

des Wirtschaftsministeriums

Public Private Partnership-Projekte in Baden-Württemberg

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Public Private Partnership (PPP)-Projekte gibt es derzeit in Baden-Württemberg auf Landes- und kommunaler Ebene?
2. Auf welchen Anwendungsfeldern finden derzeit Projekte in öffentlich-privater Partnerschaft statt, und in welchen finanziellen Größenordnungen bewegen sich die derzeit betriebenen PPP-Modelle?
3. Wie groß sind Städte und Gemeinden, die PPP-Projekte durchführen, im Regelfall?
4. Welche Bereiche der öffentlichen Verwaltung auf Landes- und kommunaler Ebene bieten sich aus Sicht der Landesregierung für weitere PPP-Modelle an?
5. Wie wird sich die Zahl der PPP-Projekte aus Sicht der Landesregierung mittel- und langfristig entwickeln?
6. Gibt es derzeit schon Projekte im Bereich der Energieversorgung, Energieberatung und Energieeinsparung, die in öffentlich-privater Partnerschaft betrieben werden, und wie schätzt die Landesregierung das Potenzial solcher Projekte ein?

7. Welche PPP-Modelle gibt es derzeit im Bereich IT und E-Government, und wie schätzt die Landesregierung die Möglichkeit der Realisierung von weiteren Projekten der öffentlich-privaten Partnerschaft auf diesem Gebiet ein?

27. 02. 2008

Nemeth CDU

Begründung

PPP-Modelle stellen eine interessante Alternative zu klassischem Verwaltungshandeln dar. Durch die Einbeziehung von privaten Unternehmen oder Vereinen beim Betrieb öffentlicher Einrichtungen oder bei der Schaffung von Infrastrukturmaßnahmen kann die öffentliche Hand vielfach Steuergelder einsparen. Gleichzeitig kann die private Wirtschaft als Partner bei erfolgreichen PPP-Vorhaben profitieren. Diese Anfrage soll einen Überblick darüber verschaffen, inwiefern dieses moderne Instrument staatlichen Handelns in Baden-Württemberg von Land und Kommunen derzeit genutzt wird und welche weiteren Potenziale für die Zukunft bestehen. Ein besonderer Schwerpunkt soll hierbei auf die Bereiche Energieversorgung, Energieberatung und Energieeinsparung sowie IT und E-Government gelegt werden, da die öffentliche Hand gerade hier auf das Know-how der Wirtschaft und Privater angewiesen erscheint.

Antwort

Mit Schreiben vom 17. März 2008 Nr. 2–4205.2 beantwortet das Wirtschaftsministerium im Einvernehmen mit dem Finanzministerium und dem Innenministerium die Kleine Anfrage wie folgt:

Ich frage die Landesregierung:

Zu Ziff. 1 und 2:

Welche Public Private Partnership (PPP)-Projekte gibt es derzeit in Baden-Württemberg auf Landes- und kommunaler Ebene? Auf welchen Anwendungsfeldern finden derzeit Projekte in öffentlich-privater Partnerschaft statt, und in welchen finanziellen Größenordnungen bewegen sich die derzeit betriebenen PPP-Modelle?

PPP wird im Allgemeinen so definiert, dass ein Privatunternehmen von der öffentlichen Hand per Ausschreibungswettbewerb beauftragt wird, in eine Infrastruktureinrichtung zu investieren und diese langfristig zu betreiben (PPP der zweiten Generation im Hochbau). Die öffentliche Hand ist in der Regel unmittelbar Eigentümerin der Infrastruktureinrichtung oder Erwerberrin zum Vertragsende.

Derzeit werden in Baden-Württemberg die folgenden acht PPP-Projekte durchgeführt:

- Landkreis Bodenseekreis: Das erste PPP-Projekt in Baden-Württemberg realisiert der Bodenseekreis in Friedrichshafen. Es geht um den Bau und den 20-jährigen Betrieb eines Verwaltungsgebäudes für das Landratsamt. Das Investitionsvolumen betrug 12 Mio. Euro. In der Wirtschaftlichkeitsanalyse wurde der Kostenvorteil für PPP gegenüber der öffentlichen Variante mit rund 20 Prozent prognostiziert. Der PPP-Vertrag wurde vom Regierungspräsidium Tübingen genehmigt. Das Gebäude wird seit November 2006 genutzt.
- Landkreis Esslingen: Bau und 30-jähriger Betrieb eines Verwaltungsgebäudes für das Landratsamt. Das Investitionsvolumen beträgt 23 Mio. Euro. Die Kostenersparnis wird auf 16 Prozent geschätzt. Der PPP-Vertrag wurde vom Regierungspräsidium Stuttgart genehmigt. Das Gebäude soll im Dezember 2008 fertig gestellt sein.
- Leimen: Bau und 30-jähriger Betrieb eines Freizeitbades. Das Investitionsvolumen betrug 11 Mio. Euro. Es wird mit einer Kostenersparnis von rund 20 Prozent gerechnet. Der PPP-Vertrag wurde vom Regierungspräsidium Karlsruhe genehmigt. Das Bad ist im Juni 2007 eröffnet worden.
- Ludwigsburg: Bau und 20-jähriger Betrieb einer Multifunktionshalle. Das Investitionsvolumen beträgt 20 Mio. Euro. Es wird mit einer Kostenersparnis durch PPP von 29 Prozent gerechnet. Der PPP-Vertrag wurde vom Regierungspräsidium Stuttgart genehmigt. Baubeginn war im Januar 2008.
- Eppelheim: Sanierung, Neubau und Betrieb von fünf Schulen und zwei Sporthallen. Das Investitionsvolumen beläuft sich auf 21 Mio. Euro. Die Vertragslaufzeit beträgt 25 Jahre. Die Wirtschaftlichkeitsanalyse ergab einen Kostenvorteil für PPP von 15 Prozent. Der Vertrag wurde im Februar 2008 abgeschlossen. Er wurde vom Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis genehmigt.
- Land: Bau und Betrieb des nicht-hoheitlichen Bereichs der Justizvollzugsanstalt Offenburg. Das Investitionsvolumen beträgt 70 Mio. Euro. Der Zuschlag erfolgte im Oktober 2006.
- Land: Bau des Justizzentrums Heidelberg und spätere Anmietung durch das Land einschließlich eines 15-jährigen Betriebs. Im Justizzentrum werden zwei Gerichte und die Staatsanwaltschaft untergebracht. Die Kostenersparnis wird auf 10 bis 15 Prozent geschätzt. Der Zuschlag erfolgte im Juni 2007.
- Land: Bau und Betrieb des Polizeigebäudes Buchen. Das Investitionsvolumen beträgt 3,5 Mio. Euro. Der Zuschlag erfolgte im Dezember 2007.

Zu Ziff. 3:

Wie groß sind Städte und Gemeinden, die PPP-Projekte durchführen im Regelfall?

Die kleinste Stadt, die in Baden-Württemberg zurzeit ein PPP-Projekt durchführt, ist Eppelheim mit rd. 15.000 Einwohnern, die größte Ludwigsburg mit 88.000 Einwohnern. Unter den Gemeinden, die derzeit ein PPP-Projekt ausgeschrieben haben, ist Hilzingen mit 8.000 Einwohnern die kleinste Gemeinde, die größte Stadt ist Stuttgart.

Zu Ziff. 4:

Welche Bereiche der öffentlichen Verwaltung auf Landes- und kommunaler Ebene bieten sich aus Sicht der Landesregierung für weitere PPP-Modelle an?

PPP kann in mehreren Bereichen angewendet werden. Maßgeblich ist, dass im Einzelfall geprüft wird, ob eine PPP-Maßnahme geeignet ist und ob sie sich wirtschaftlicher als die konventionelle öffentliche Eigenrealisierung durchführen lässt. Bisher konzentriert sich PPP in Baden-Württemberg und Deutschland auf Projekte mit hohen Synergiepotenzialen im Hochbau, die die Investition und den langfristigen Betrieb umfassen. Dabei kann der Betrieb z. B. einer Schule die Instandhaltung, die Hausmeistertätigkeit, die Ver- und Entsorgung, die Reinigung und die Labor- und IT-Einrichtungen beinhalten.

Zu Ziff. 5:

Wie wird sich die Zahl der PPP-Projekte aus Sicht der Landesregierung mittel- und langfristig entwickeln?

PPP in Baden-Württemberg entwickelt sich im Sektor Hochbau dynamisch. Derzeit sind rd. 50 Projekte, die der PPP-Taskforce im Wirtschaftsministerium bekannt sind, in der Prüfung, Planung oder Ausschreibung.

Die Landesregierung wird entsprechend der Koalitionsvereinbarung unter Beachtung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und der Wahrung der Finanzkraft der Kommunen neue Wege der Finanzierung unterstützen. Dies gilt u. a. für PPP-Modelle der zweiten Generation. Das Finanzministerium wird unter der Voraussetzung der Wirtschaftlichkeit die Realisierung von PPP-Projekten der zweiten Generation im Bereich des staatlichen Hochbaus weiterverfolgen.

Die Realisierung von Straßenbauprojekten im Wege des PPP im Landesstraßenbau wird derzeit geprüft. Solange es sich um singuläre Straßenbauprojekte mittels einer Refinanzierung durch Maut von allen Nutzern handelt, kann PPP im Straßenbau nur in sehr wenigen Einzelfällen tatsächlich eine sinnvolle Handlungsalternative darstellen. Es ist insbesondere schwierig, aus einem bestehenden Straßennetz eine Mautstraße herauszuschneiden, da damit gleichzeitig – bedingt durch hohe Akzeptanzhürden – die Gefahr eines erheblichen Verdrängungsverkehrs besteht.

Zu Ziff. 6 und 7:

Gibt es derzeit schon Projekte im Bereich der Energieversorgung, Energieberatung und Energieeinsparung, die in öffentlich-privater Partnerschaft betrieben werden, und wie schätzt die Landesregierung das Potenzial solcher Projekte ein? Welche PPP-Modelle gibt es derzeit im Bereich IT und E-Government, und wie schätzt die Landesregierung die Möglichkeit der Realisierung von weiteren Projekten der öffentlich-privaten Partnerschaft auf diesem Gebiet ein?

Unter Ziff. 4 wurde bereits ausgeführt, dass PPP dann besonders sinnvoll sein kann, wenn die Integration von Investition und Betrieb umfassend ist und dadurch ein hohes Synergiepotenzial erschlossen werden kann. PPP ist aber auch in Teilbereichen anwendbar. Dies gilt z. B. für die Energietechnik oder die Informationstechnik, wenn Privatunternehmen für den öffentlichen Sektor entsprechende Anlagen errichten und betreiben. Zu diesen Projekten liegen jedoch bisher keine Erhebungen vor, inwieweit es sich in der Praxis um PPP-

Modelle handelt oder um konventionelle Dienstleistungsaufträge, Leasing oder Outsourcing. Das Föderale-PPP-Kompetenznetzwerk des Bundes und der Länder (FPK) plant wie für den Bereich „PPP im Hochbau“ den Aufbau einer Datenbank für weitere Sektoren wie z. B. „PPP im Energiebereich“ oder „PPP im IT-Bereich“.

Pfister
Wirtschaftsminister